

## SP-Initiative: Ja zu fairen Steuern



Kanton um Kanton, Gemeinde um Gemeinde führen neue Steuermodelle ein oder senken die Steuern. Das Resultat ist immer das

gleiche: Die Superreichen müssen weniger Steuern bezahlen – auf Kosten des Mittelstandes und der Armen. Die SP-Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb» will dem Abhilfe schaffen. Sie liegt diesem so! bei.

Wer wenig verdient, zahlt wenig Steuern. Wer viel verdient, kann und soll – auch anteilmässig – mehr bezahlen. So entspricht es unserem Gerechtigkeitsverständnis und so ist es zum Wohl der ganzen Gesellschaft. Doch dieses Prinzip der gerechten Besteuerung, wie es auch in der Verfassung festgeschrieben ist, wird heute in verschiedenen Kantonen grob verletzt! Die Steuerbelastung nimmt bei steigendem Einkommen oder Vermögen ab statt zu (degressive Steuermodelle). Die Beispiele sind bekannt: Schaffhausen, Obwalden, Appenzell Ausserrhoden. Die Kantone erhoffen sich dadurch, den anderen Kantonen die guten Steuerzahler abzuführen. Das funktioniert auch – aber was ist, wenn das alle machen? Dann treiben sich die Kantone gegenseitig in den Ruin...



**Es profitieren immer nur die Reichen**  
Wenn man schaut, wem das ganze Treiben nützt, dann kommt man rasch zur Einsicht: den ganz Reichen. Sie sind es, die enorm Steuern sparen. Die Verlierer sind die Normalverdienenden. Sie bezahlen den Preis der Steuerflucht, denn um die Einnahmenverluste auszugleichen, müssen in den ehemaligen Wohnkantonen der «Steuerflüchtlinge» über kurz oder lang die Steuern erhöht oder mit Sparprogrammen die Leistungen der öffentlichen Hand abgebaut werden. Davon können wir im Kanton Zürich ein Lied singen. Diesen Missbrauch des Steuerwettbewerbs auf Kosten der grossen Mehrheit will die SP mit ihrer Initiative stoppen.

### Das will die Initiative

Die Initiative legt für Kantons- und Gemeindesteuern zusammen einen Mindest-Grenzsteuersatz von 22 Prozent für steuerbare Einkommen von über 250 000 Franken fest. Ebenfalls soll schweizweit ein Mindest-Grenzsteuersatz von fünf Promille für steuerbare Vermögen von über 2 Millionen Franken gelten. Zusätzlich wird das Absenken der Steuersätze bei steigendem Einkommen oder Vermögen verboten. Die Steuergerechtigkeits-Initiative betrifft ausschliesslich sehr hohe Einkommen und Vermögen. Kantone und Gemeinden können ihre Steuerpolitik bis zu einem Einkommen von 250'000 Franken weiter bestimmen. Die Mindest-Grenzsteuersätze dürfen

auch überschritten werden. Der Standortwettbewerb der Kantone bleibt in einem eingeschränkten Rahmen erhalten.

**Finden Sie den Steuerwettbewerb in der jetzigen Form auch ungerecht? Dann unterschreiben Sie die SP-Volksinitiative, die diesem so! beiliegt, und senden Sie die Karte an die SP. Je mehr Unterschriften, desto besser!**

Hansjörg Schmid, SP Wädenswil

### Die wichtigsten Argumente für die Initiative

- Die Initiative schiebt dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb einen Riegel.
- Die Initiative stoppt den Trend, dass höhere Einkommensklassen einen tieferen Prozentsatz ihres Einkommens versteuern müssen als tiefere Einkommensklassen.
- Ein gesundes Mass an Steuerwettbewerb bleibt erhalten.
- Von der Initiative sind nur die Superreichen betroffen – zum Wohl der Mehrheit.
- Die Initiative zielt auf mehr Steuergerechtigkeit in zweierlei Hinsicht: zwischen den hohen und tiefen Einkommen; zwischen den Kantonen.

# so!

## Informationen der SP Wädenswil

Sozialdemokratische Partei Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil  
PC: 80-43003-3, so!  
Nr.1/07, erscheint 3 bis 4 mal jährlich, Auflage: 8100  
Preis: Abonnement Fr. 12.–, Unterstützungs-Abonnement Fr. 25.–  
Druck: Arbeitszentrum am See, Wädenswil  
Redaktion: Ingeborg Budde, Beatrice Gmür-Anderes, Hanna Landolt, Erwin Wachter  
so@spwädenswil.ch, <http://www.spwädenswil.ch>

Kantons- und Regierungsratswahlen vom 15. April

## Keine Stimme verlieren



**Die kantonalen Wahlen vom 15. April und die nationalen Wahlen vom 21. Oktober sind die beiden politischen Höhepunkte dieses Jahres. Und die SP Wädenswil stellt gut qualifizierte, erfahrene und chancenreiche Kandidierende für beide Wahlgänge.**

Wir können uns glücklich schätzen, eine so aktive Basis und so viele engagierte Mitglieder zu haben, welche sich für die SP Wädenswil zu exponieren bereit sind. Julia Gerber Rüegg, bisher, sowie Thomas Hartmann und Thomas Largiadèr kandidieren für den Kantonsrat. Julia Gerber Rüegg kandidiert zusätzlich auch für den Nationalrat.



Unsere Wädenswiler Kandidierenden für den Kantonsrat – Thomas Hartmann, Julia Gerber Rüegg, Thomas Largiadèr

**Schluss mit dem Abbau**  
Vom Ergebnis der Wahlen hängt diesmal viel ab. Es gilt, im Kanton Zürich das Steuerherum zu reissen und die Jahre der systematischen Spar- und Abbaupolitik unter der Regie einer SVP- und FDP-Mehrheit definitiv zu beenden. Die Mitarbeitenden des Service Public, die vielen Angestellten der Gemeinden und des Kantons, all die tüchtigen Menschen im Polizeidienst oder in den Pflegeberufen, sie alle haben im letzten Dezember erneut erleben müssen, dass ihnen der ordentliche Stufenaufstieg verweigert wurde. Dafür wollten die Bürgerlichen kein Geld ausgeben. Wiederum keine Lohnerhöhung für rund 60'000 Menschen beim Staatspersonal, bloss ein Teuerungsausgleich.

Dies wäre ganz anders, wenn die links-grünen Kräfte im Kanton Zürich die Mehrheit hätten. Dann würde die geltende Besoldungsverordnung des Kantons Zürich endlich angewendet und in die Praxis umgesetzt. Das ewige Sparen auf dem Buckel des Personals wäre vorbei.

### Keine Stimme für Bürgerliche

Wer mit der Politik des Kantonsrats unzufrieden ist, darf kein Risiko eingehen. Jede Stimme für einen bürgerlichen Kandidaten ist für die Katz. Und wenn er noch so charmant von der Plakatwand lächelt! SP und Grüne setzen sich das Ziel, die aktuelle Mehrheit von SVP und FDP im Kantonsrat zu brechen. Die Politik des Stillstandes muss einer innovativen, zukunfts- und lösungsorientierten Politik Platz machen. Die bisherigen Regierungsratsmitglieder der SP, Markus Notter und Regine Aeppli, sowie der neue Regierungsratskandidat der Grünen, Martin Graf, werden sich gemeinsam für einen sozialen und offenen Kanton Zürich einsetzen: Einen Kanton Zürich, in dem es sich gut lebt und auf den wir wieder stolz sein können.

Willy Rüegg, Präsident der SP Wädenswil

**Wahlempfehlung für den 15. April 2007**

- **Kantonsrat:**  
Liste 2 der SP
- **Regierungsrat:**  
Regine Aeppli und Markus Notter

## Für Menschenwürde und sozialen Fortschritt



**Die SP will – im Gegensatz zu SVP und FDP – starke Leistungen des Staates. Dazu gehört eine gut ausgebaute Infrastruktur, ein modernes Bildungswesen, eine allen zugängliche medizinische Versorgung sowie soziale und physische Sicherheit.**

Der Zürcher Wirtschaft geht es besser. Die Auftragsbücher sind voll. Die Unternehmen fahren hohe Gewinne ein. Das ist gut so und lässt mich als Finanzpolitikerin hoffen. Weit über 20'000 Erwerbslose hoffen auf einen nachhaltigen Aufschwung. Tausende von Schulabgängerinnen und Schulabgänger hoffen auf eine Lehrstelle. 60'000 Staats- und Gemeindeangestellte hoffen, dass ihnen von nun an die Teuerung wieder ausgeglichen und der ordentliche Stufenanstieg gewährt wird. Lehrkräfte hoffen auf kleinere Klassen. Spitalpersonal hofft auf Entlastung. Wir wissen, dass wir mehr in den Umweltschutz investieren müssen, wenn wir wollen, dass unsere Kinder in Zukunft in einer intakten Umwelt leben. Wir wissen, dass wir mehr für die Integration tun müssen und, dass es sozialen Ausgleich braucht. Nur so werden unsere Jungen in eine weltoffene, innovative und sozial ausgewogenen Welt hineinwachsen. Aufschwung, Hoffnung und guter Wille genügen aber nicht. Es braucht

auch eine neue Mehrheit im Kantonsrat. Dazu braucht es Ihre Stimme!

Dem Kanton Zürich ist es in den Jahren rechter Parlamentsmehrheiten schlecht gegangen. SVP und FDP haben konsequent Steuergeschenke verteilt. Gleichzeitig sind immer mehr Menschen auf Sozialleistungen angewiesen. Die seit 1998 von der rechten Mehrheit beschlossenen Änderungen des Steuergesetzes, Steuerabschaffungen und Steuerfussenkungen summieren sich auf Steuerausfälle von 833 Millionen Franken jährlich. Die Zeche für diese ruinöse Steuerpolitik bezahlen die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons. Denn um das Loch in der Staatskasse zu stopfen, müssen in den kommenden Jahren 220 Millionen jährlich eingespart werden. Das anstehende dritte Sparpaket wird zu massivem Leistungsabbau

### Julia Gerber Rüegg (bisher)

1957  
PR Beraterin BR/SPRG  
Kantonsrätin,  
Co-Präsidentin SP-Frauen Schweiz,  
Vizepräsidentin Zürcher  
Gewerkschaftsbund

### Politische Schwerpunkte:

Finanzen und Wirtschaft,  
Bildung und Gleichstellung

bei den staatlichen Dienstleistungen führen. Der Regierungsrat diskutiert über die Schliessung von Schulen und Spitälern, über Abbaupläne in der Sicherheit und im öffentlichen Verkehr.

Die rechte Parlamentsmehrheit hat nicht nur in der Finanzpolitik, sondern auch in der Raumplanung komplett versagt: Trotz leerer Kassen und offensichtlicher Klimaveränderung sieht sie im Verkehrsrichtplan neue Strassenbauten für rund 30 Milliarden vor. Es ist Zeit, dass die bürgerliche Mehrheit im Kanton Zürich abgelöst wird.

Eine gut ausgebaute Infrastruktur, ein modernes Bildungswesen, eine allen zugängliche medizinische Versorgung sowie soziale und physische Sicherheit sind wichtigere Faktoren für eine blühende Wirtschaft als Steuergeschenke für die Millionäre und ihre Erben! Die Leistungen des Staates sollen durch Steuern finanziert werden, welche sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit richten und die Höhe der Steuern soll sich nach dem Bedarf richten. Die SP wird ihr Bestes geben, damit es der Zürcher Bevölkerung, der Zürcher Wirtschaft und dem Zürcher Staat in den kommenden Jahren gut geht. Helfen Sie mit und wählen Sie SP mit Liste 2!

Julia Gerber Rüegg, SP-Kantonsrätin



**Wählen Sie Regine Aeppli und Markus Notter in den Regierungsrat. Und Liste 2 in den Kantonsrat**

## Öffentlichen Verkehr und Natur vernetzen



**Stell dir vor, wir haben Skiferien und keiner geht hin. In weniger als einem Jahrhundert werde die Durchschnittstemperatur der Atmosphäre um bis zu 6,4 Grad erhöht und der Meeresspiegel um über einen halben Meter ansteigen. Diese düstere Wetterprognose steht im neuesten Klimabericht der UNO.**

Als Kind sammelte ich Maikäfer. Meine Kinder kennen diese nur noch aus der Konditorei.

Meine Kinder verbrachten ihre Skiferien noch im tiefen Schnee. Werden meine Enkel den Schnee nur noch aus der Tiefkühltruhe kennen? Wenn wir so weiter machen, muss ich davon ausgehen. Dass wir Menschen am Treibhauseffekt und damit an der Klimaerwärmung schuld sind, daran lässt der UNO-Bericht keinen Zweifel. Wir verfeuern zu viele fossile Brennstoffe, in den Öfen und mit dem Auto.

Elf der vergangenen zwölf Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, heisst es im Bericht weiter. Als Folge dieser Erwärmung kommt es immer mehr zu Dürreperioden, Hitzewellen und gewaltigen Stürmen. Aber noch sei es nicht zu spät, den Trend zu brechen, macht der Bericht Hoffnung.

Wenn ich aber in der Zeitung lesen muss, welchen Verkehrsplan die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat durchgedrückt hat, schwindet bei mir die Hoffnung. Wer für

### Thomas Hartmann (neu)

1954  
Leiter Betrieb ZSG  
Gemeinderat

### Politische Schwerpunkte:

Bildung und Kultur  
Raumplanung, Wohnungsbau und  
Verkehr  
Rechts- und Organisationsfragen

die nächsten 30 Jahre Strassenprojekte auflistet, die uns jährlich eine Milliarde Franken kosten, betreibt keine nachhaltige Verkehrspolitik, sondern zeigt damit, dass er immer noch an die unbegrenzte motorisierte Mobilität glaubt. Die rasante Erderwärmung lässt solche Politiker offensichtlich kalt.

Nicht dass ich mich darüber besonders wundere. Denn die Wahlberechtigten haben 2003 diese umweltschädliche Mehrheit in den Kantonsrat gewählt. Knallhart machten Volksvertreter aus SVP und FDP, denen sich ein rechter Teil wankelmütiger CVPLer angeschlossen hat, aus dem Verkehrsplan einen Wunschzettel für den gigantischen Ausbau der Strassen.

Wer sich wie ich darüber ärgert, wird am 15. April bei den Kantonsratswahlen ebenso knallhart die Liste 2 der SP einlegen.

Thomas Hartmann, SP-Kantonsratskandidat

## Ungebremst in die Zweiklassenmedizin



**Das Schweizer Gesundheitswesen fährt direkt in die Zweiklassen-Medizin. Dank der bürgerlichen Politik werden die grossen öffentlichen Spitäler zur Unfähigkeit verdammt, statt sich als Referenz-Zentren zu behaupten.**

Was in den letzten Jahren schleichend angefangen hat und sich zunehmend verstärkt, ist die Verschiebung medizinischer Kompetenz von den öffentlichen Spitälern, vor allem dem Universitätsspital, in die Privatkliniken. Diese Umverteilung geschieht unbemerkt von der Öffentlichkeit und die Allgemeinversicherten haben dabei das Nachsehen. Der Vorgang untergräbt dabei fundamental alle Wertvorstellungen solidarischen Zusammenlebens einer Gesellschaft.

Geschickt binden die Privatspitäler die besten Kräfte im Gesundheitssystem an sich.

Sie bieten dadurch eine erstklassige Medizin an, leider im stationären Bereich nur für die erste Klasse. Dies ist ihnen nicht mal zu verübeln, es ist ihr Recht und sie wären sogar eine Chance für die kantonalen Spitäler. Doch die Mehrheit von SVP und FDP im Kantonsrat hat es den öffentlichen Spitälern in den letzten Jahren verunmöglicht, auf den Wandel zu reagieren.

Das Universitätsspital, einstiges stolzes Schweizer Flaggschiff mit internationaler Ausstrahlung weit über Europa hinaus, kommt in Schieflage. Wer nur Steuern senkt

und wer zu lange den Patienten nicht mehr in den Mittelpunkt des Denkens und Handelns stellt, verlernt dabei mit dem Patienten zu denken und ihn richtig zu behandeln. Und wer seine Spitzenkräfte nicht halten kann, und sie durch Mittelmass ersetzen muss, wird selber mittelmässig.

Die bürgerlichen Parteien würden mittels ihrer Politik am liebsten das öffentliche Gesundheitswesen ganz zum Erliegen bringen. Sie, selbst meist gut betucht, sind ja persönlich nicht darauf angewiesen. Hier ist Gegensteuer zu geben! Darum Nein zur bürgerlichen Zweiklassenmedizin bei den Kantonsratswahlen am 15. April und Ja zu einer Politik die auch in Zukunft garantiert, dass jeder Mensch Anspruch auf die best mögliche und sinnvolle medizinische Versorgung hat. Deshalb: Liste 2 der SP einlegen.

### Thomas Largiadèr (neu)

1969  
Arzt  
Vizepräsident SP Wädenswil

### Politische Schwerpunkte:

Gesundheit  
Bildung  
Finanzen  
Umwelt

Thomas Largiadèr, SP-Kantonsratskandidat

Bezirkswahlfest  
15. April 07

Ab 18 Uhr  
im Restaurant  
Volksbaus:

Alle sind herzlich  
eingeladen, mit uns zu  
fiebern, feiern,  
plaudern,  
essen ...

SP Wädenswil